

Sicherheit braucht neue Konzepte

Nicht Afghanistan bedroht die Welt, sondern die Finanzjongleure

Egon Ramms verlangt in seiner Außenansicht „Die Nato als Lebensversicherung“ vom 22. September immer weitere „Sicherheitsvorsorge“, egal wie das Bedrohungsszenario aussieht. Kein Wort darüber, inwieweit die teuren Sicherheitsleistungen in der Vergangenheit von Nutzen waren, und ob nicht gegebenenfalls andere Konzepte gebraucht werden. Angesichts des Schlamassels in Afghanistan wirkt die Forderung blindlings weiterzumachen deplatziert. Sicherlich brauchen wir den Schutz gegen „Bedrohungen aus anderen Teilen der Welt“, und wir wollen „weder durch Staaten noch durch andere Gruppierungen erpressbar“ sein. Aber nichts davon trifft auf Afghanistan zu, und die tatsächliche Bedrohung ist zurzeit eine ganz andere – die kommt von den Banken und anderen Finanzkünstlern. Dr. Wilfried Müller Unterföhring

Auch Moral liegt offenbar im Auge des Betrachters

Eigentlich war die Bundeswehr doch zur Selbstverteidigung gedacht, oder? Stattdessen soll sie nun zur Verteidigung deutscher Wirtschaftsinteressen eingesetzt werden? So schreibt Ramms, Deutschland müsse ein Interesse daran haben, seine Import- und Exportwege zur Erhaltung des Lebensstandards seiner Bürger zu schützen und seine politische Handlungsfähigkeit zu erhalten; der Verteidigungsetz sei aber auf ein Niveau gesunken, das der „politischen Rolle der Bundesrepublik nicht mehr gerecht wird“. Heißt das denn, dass nur der eine wichtige Rolle in der Weltpolitik spielen kann, der über eine starke Armee verfügt und diese nötigenfalls (auch außerhalb des eigenen Landes) zur Wahrung seiner Wirtschaftsinteressen einsetzt? Nicht nur Schönheit, auch Moral liegt im Auge des Betrachters. Bernhard Tröger Feldafing

USA verraten die Ideale, die sie selbst in die Welt tragen

Wenn ein Ex-Diplomat wie Nicholas Burns Deutschland in derart scharfen Worten militärische Untätigkeit und Bequemlichkeit, wenn nicht gar Feigheit vorwirft, dann wird das seine Gründe haben („Ein Gefühl der Bitterkeit“, 26. September). Selbst wenn ich nicht die Absicht habe, Merkels und Westerwelles Außenpolitik rein zu waschen, möchte ich dennoch einiges darauf erwidern: Deutschland wurde nicht ohne Grund und nicht ohne Erfolg seit 1945 vom Westen befriedet und im Geiste entmilitarisiert. Auch die militärische Ausrüstung der Bundeswehr in Teilen jämmerlich. Die Soldaten in Afghanistan besitzen nicht einmal ausreichend gepanzerte Patrouillenfahrzeuge oder Hubschrauber. Es ist also weniger Feigheit als überordneter Inkompetenz und verrücktes Sparen, das die Armee lähmt. Wer will den Soldaten tadeln, der nicht leichtfertig sein Leben aufs Spiel setzen will? Die USA verzweifeln ob der deutschen Verteidigungspolitik – aber was sollen wir sagen? Wir tragen die Lüge einer Verteidigung westlichen Friedens im Hinterschiss mit, dabei weiß jeder, worum es eigentlich geht. Haben die USA uns nicht erst die Ideale von Frieden, Demokratie und Selbstbestimmung schmackhaft gemacht? Christoph Kochs Koblenz

Korrektur

In „13 Millionen Dollar für elf Monate“ vom 1./2./3. Oktober auf Seite 25 hieß es, Léo Apotheker habe 2,4 Milliarden Dollar Leistungsbonus erhalten. Das waren drei Nullen zu viel. Er bekam 2,4 Millionen Dollar.

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns vor, die Texte zu kürzen. E-Mail: forum@sueddeutsche.de

211 Milliarden Euro – einfach durchgewinkt

Die Umstände der Abstimmung zum Euro-Rettungsschirm waren skandalös, die Verschiebung des Reichtums in die Hände weniger geht damit munter weiter

Im Dezember 2010 berichtete die Presse, dass Europa inzwischen mit mehr als vier Billionen Euro für Banken gerade stehen muss („Deutschland haftet für 211 Milliarden Euro“, 30. September). Nun kommt wahrscheinlich noch eine Billion hinzu, um die Euro-Staaten zu stützen, die sich durch die Finanzkrise von 2008 stark verschuldet haben. Jetzt hat der Bundestag weitere 211 Milliarden Euro frei gegeben, und in Regierungskreisen wird bereits über das nächste Paket verhandelt.

Die erste Frage, die ich mir stelle: Wo ist das ganze Geld gelandet? Und wo werden diese Milliarden hingehen? Denn das Geld fließt, und wird nicht verbrannt. Meine Befürchtung: Mit Unmengen an Steuergeldern wird weiterhin eine Verschiebung des Reichtums von der öffentlichen in die private Hand Weniger finanziert. Es kommt nicht der Allgemeinheit zugute. Griechenland wird gerade an ausländische Investoren verkauft, wobei diese keine Investitionen tätigen, sondern die Bürger zusätzlich zur Kasse bitten.

Die zweite Frage: Was bekommen wir für das ganze Steuergeld, außer neuen Sparvorlagen für das Gemeinwesen? Bisher hat nicht einmal eine ernsthafte Regulierung der Finanzmärkte stattgefunden. Die Kosten für die Rettung der Hypo Real Estate im Jahr 2008/2009 waren höher als die Gesamtentwicklungshilfe der 22 Geberländer ein Jahr zuvor (135 Milliarden Dollar gegen 104). Das erste Bankenstützungspaket der US-Notenbank betrug im November 2008 600 Milliarden Euro (Rendite: 0). Zum Vergleich: Um den Anstieg des weltweiten Energiebedarfes um 50 Prozent zu verringern, würde eine Investition von 130 Milliarden Euro pro Jahr reichen (Rendite: 17 Prozent).

Die dritte Frage: Wie rechtfertigt die jetzige Generation vor den nächsten Generationen (a) das Scheitern ihrer Wirtschaftspolitik und (b) die massive Verschiebung der Kosten für die eigenen Fehler auf die Zukunft? Unsere Nachkommen werden sich wahrscheinlich nur mit der Tilgung der heutigen Schulden beschäftigen müssen. Ihre Spielräume, um die sozialen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern, werden bereits heute stark reduziert. Davide Brocchi Köln

Trauriger Tag für die Bundespolitik

Wenn man sich die Berichterstattung über die (vermeintliche) Griechenland-Rettung durchliest, kann man eigentlich kaum glauben, dass es hier um die Rettung eines EU-Staates ging. Vielmehr hat man den Eindruck, dass es in Wirklichkeit um die (ebenfalls vermeintliche) Rettung einer in sich tief zerrissenen und abgehalfterten schwarz-gelben Regierungskoalition ging. Die Kanzlerin mag im Zeichen der Abstimmung möglicherweise ein Gefühl des Sieges verspürt haben. Die Frage ist nur, wie hoch der Preis für diesen Sieg sein wird und ob er sich



Wohin fließt das Geld? Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm im Bundestag.

Foto: dpa

nicht bald als Pyrrhus-Sieg entpuppen wird. Für geradezu skandalös halte ich die Vorwürfe gegen Bundestagspräsident Norbert Lammert, weil dieser den Skeptikern der jetzt beschlossenen Rettungsschirmlösung ein „außergewöhnliches Rederecht“ eingeräumt hat. Besonders erschüttert hat mich dabei die Stellungnahme des CDU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder. „Wenn alle reden, die eine von der Fraktion abweichende Meinung haben, dann bricht das System zusammen“, ließ er verlauten. So ist das also! Das System bricht zwar nicht zusammen, weil wir für Staaten bürgen und zahlen müssen, die nie auch nur einen Ansatz von verantwortungsbewusstem Umgang mit Staatsfinanzen gezeigt haben und damit möglicherweise auch die sorgsam haushaltenden Staaten mit in den Abgrund reißen. Aber das System bricht zusammen, weil der Bundestagspräsident vom Protokoll abgewichen ist und einigen Abgeordneten, die der Skepsis und den Ängsten von Millionen Menschen eine Stimme verliehen haben, ein Rederecht eingeräumt hat. Welch Frevel bei einer Entscheidung, die nicht nur für

die Zukunft der EU, sondern auch für die Zukunft Deutschlands extremste Auswirkungen haben kann. Wie dekadent die Politik geworden ist, zeigt auch das Verhalten der eigenen „Parteifreunde“ gegenüber integren und kompetenten Politikern wie Wolfgang Bosbach. In der Gesamtsicht war dieser Tag ein trauriges Kapitel deutscher Bundespolitik. Und womöglich ein trauriger Tag für unsere Staatsfinanzen. Jean-Marie Leone Puchheim

Gezielte Desinformation

Im ersten Satz dieses wichtigen Artikels schreiben Sie: „Deutschland übernimmt für die Rettung des Euro Bürgschaften von maximal 211 Milliarden Euro“. Dieser Satz ist ein Paradebeispiel für die gezielte Desinformation in vielen deutschen Medien zum Thema hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte vieler EU-Mitgliedsstaaten. Es ist reine Spekulation Ihrerseits, dass diese Bürgschaften den Euro retten. Vor allem bleibt die Bedeutung von „Euro retten“ wie üblich

völlig im unklaren. Ist damit gemeint, dass es auch weiter eine Währung mit dem Namen „Euro“ gibt, bei der jeder mitmachen darf, koste es, was es wolle? Und wo bleiben die Themen Vertragstreue, Generationengerechtigkeit, marktwirtschaftliche Prinzipien, demokratische Entscheidungsfindung? Von Ihrer Zeitung erwarte ich hier mehr geistige und sprachliche Unabhängigkeit. Prof. Jens Hornbostel Bonn

Den Parteien fehlen die Wirtschaftsexperten

Das Gros der abstimmenden Bundestagsmitglieder hat das „Gesetz“ durchgewunken entweder aus Druck von der Parteispitze oder aus Angst und Nichtwissen oder um sich spätere Schelte zu ersparen. Unverblümt räumten Abgeordnete ein, wenige Informationen erhalten zu haben, oder diese erst zu spät. Es gibt Hintergrundinformationen, von denen wir nichts wissen. Um es im Klartext zu sagen: Hier wurde jetzt über eine Bürgschaftssumme entschieden, die in ihrer

Männerphantasie zum Matriarchat

In der Rezension zu dem Film „Whores' Glory“ („Wir spielen miteinander, nicht mit Gott“, 28. September) behauptet Autor Fritz Göttler, in dem Film erscheine die Welt der Bordelle „irgendwie matriarchalisch strukturiert“. Diese Einschätzung scheint mir – trotz der desillusionierenden Fakten, die der Film bietet – eine typische Männerphantasie zu sein: Irgendwie seien es eben doch die Frauen, die das Ganze in Gang bringen und am Laufen halten. Zu dieser Einschätzung mag man kommen, wenn man den ersten Teil des Tryptichons gesehen hat, in dem junge Thailänderinnen mit Stechkarte ihre gehobenen Konsumansprüche durch Dienste in einem Edel-Bordell finanzieren. Teil zwei und drei der Trilogie lassen jedoch keinen Zweifel daran, wer diesen Betrieb initiiert hat und Gewinn daraus

zieht. So wie es in Mexiko faule, geldgierige Männer sind, die junge Frauen aus den Dörfern in die Bordelle locken, so deutlich beherrscht im Mittelteil des Films die (patriarchalische) Gewalt das Milieu. Das Großbordell in Faridpur in Bangladesch gehört ja eben nicht den keifenden Puffmüttern oder den – strukturell unterbezahlt – Huren, sondern den männlichen Betreibern des Bezirks, denen das patriarchalische Umfeld garantiert, dass ihre Opfer ihnen dauerhaft nicht mehr entkommen können. Susanne Völpel Offenbach

Buch-Inhalt scheint Nebensache zu sein

Im politischen Treibhaus Berlin gibt es offenbar immer mal wieder Termine, die kein aktuelles Medium zu versäumen wagt, obwohl dort weder seltene Akteure

anzutreffen sind noch von den allseits bekannten erhellenden Informationen zu erwarten sind („Scherzen mit Rösler“, 28. September). So geschehen bei der Vorstellung einer Biografie über den Bundesminister Philipp Rösler durch die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Das Buch selbst und sein Inhalt sind offensichtlich so nebensächlich, dass der Berichterstatter der SZ kein Wort darüber verliert – und er verkneift sich diskreterweise jeden Kommentar zu der an sich schon befremdlichen Tatsache, dass über einen 38-jährigen Politiker, dessen Verdienste um die Politik in Deutschland noch am Firmament zu suchen sind, überhaupt eine Biografie erscheint. Auch vermeintlich kritischen Halbsatz über den wahrlich unsäglichen Titel dieses Buchs: „Philipp Rösler – Glaube. Heimat. FDP“. Bodo Franzmann Ingelheim

Mono-Edukation führt zu Leistungssteigerung

Der Artikel „Gemischt im Vorteil“ vom 23. September bezieht sich auf eine Veröffentlichung, die von einer Personengruppe verantwortet wird, welche dem amerikanischen Verein „American Council for CoEducational Schooling“ angehört. Der Verein befürchtet unter anderem eine starke biologische Zuweisung der tradierten stereotypischen Rollen von Frauen und Männern. Diese Befürchtungen mögen für die USA relevant sein („Tea-Party-Movement“), haben aber nichts mit moderner Bildung in München und Bayern zu tun. Dass der Autor, Christian Weber, offensichtlich die Befürchtungen der Autoren teilt, lässt auch seine Wortwahl („die sehr katholische Bildungsinministerin Schavan“) vermuten. Moderne „Single-Sex-Klassen“ oder auch phasenweises Unterrichten in

Höhe unser aller Vorstellungskraft übersteigt und die wir auch nicht mehr im Griff haben. Fähige Köpfe hätten hier entscheiden müssen, zum Beispiel Hans-Werner Sinn, kombiniert mit praxisnahen einschlägigen Experten wie Rechtsanwalt und Wirtschaftsexperte Friedrich Merz, der bedauerlicherweise aus Angst vor Machtverlust von der Kanzlerin und deren Schergen entsorgt wurde. Claus Spiegelsberger Rosenheim

Abweichler haben sich verdient gemacht

Den 15 Abweichlern aus CDU/CSU und FDP sollte man das Bundesverdienstkreuz überreichen. Sie sind die Einzigen, welche die Tragweite dieser Bürgschaft erfasst haben. Denn es ist doch so sicher wie das Amen in der Kirche, dass demnächst der „worst case“ eintreten wird. Hermann Fuchs Nußdorf

Der Markt darf im Moment nicht frei agieren

Dem Kommentar „Nicht die Nerven verlieren“ vom 4. Oktober kann man nur teilweise zustimmen, denn er beinhaltet auch Widersprüchliches. Die Aussage, die Hardliner hätten sich nicht durchgesetzt, ist falsch. Gemeinsam mit der Bundeskanzlerin hat sich nämlich fast der gesamte Bundestag auf eine sehr extreme Position, durchaus eine Hardlinerposition, begeben. Ebenfalls anders als im Kommentar insinuiert, mangelte und mangelt es in der politischen Diskussion ja gerade an Alternativen. Nur einige „Abweichler“ hatten Bedenken, nur ein einziger Abgeordneter hat eine Alternative formuliert. Keine Partei hat geschlossen opponiert, im Bundestag ist es dadurch nicht zur echten Diskussion von Alternativen gekommen, auch wenn Präsident Lammert unter heftigen Protesten wenigstens für das Rederecht Einzelner gesorgt hat.

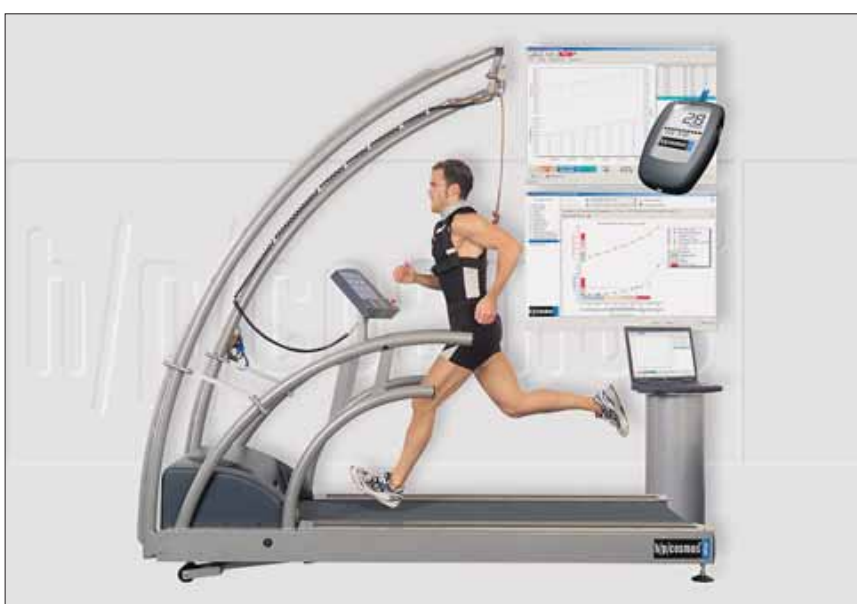
Merkel stellt sich, anders als es in dem Artikel erscheint, gegen den Markt, weil sie signalisiert, dass man sich mit aller Kraft gegen Marktmechanismen stemmen möchte. Man muss es klar sagen: Der Markt darf in diesem politischen Spiel zur Zeit gerade nicht frei agieren. Wieso sonst die Aufkäufe der EZB von italienischen Staatsanleihen, wieso das Target-II-Programm, dessen Höhe die vom Bundestag beschlossenen Garantieleistungen – übrigens völlig außerparlamentarisch – noch um mehr als 100 Milliarden Euro übersteigt? Dass Deutschland für die Wiedervereinigung direkt und indirekt gezahlt hat, ist lange bekannt. Dennoch erstaunt die Tonlage, in der Herr Beise leicht darüber hinweggeht. Zitat: „Seit 1949 erkaufte sich Deutschland Frieden in Europa und freie Grenzen nach West und Ost mit Geld“. Ich dachte, da wären wir inzwischen weiter. Dirk Driesang Eichenau

Weitere Leserbriefe

reinen Buben- oder Mädchengruppen hat sich nicht nur in München bewährt. Die meisten Studien ergeben eine Leistungssteigerung im Vergleich von Mono-Edukation zur Koedukation, es zeigt sich nie eine Verschlechterung der Leistung. Bessere Leistung erzielen eindeutig insbesondere Mädchen in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Neben den Leistungen ergeben sich viele andere Vorteile für die Schülerinnen und Schüler: gesteigerte Partizipation und Bereitschaft, neue Lernstrategien auszuprobieren, weniger Disziplinprobleme, höhere Selbstwirksamkeitserwartung, gesteigertes Interesse, bessere Stimmung und Wohlbefinden. Insbesondere hofft man, dass durch die bewusste Reflexion der stereotypen Verhaltensweisen sich auch mehr Schulabgänger für den Lehr- oder Erzieherberuf begeistern. Barbara Roth München

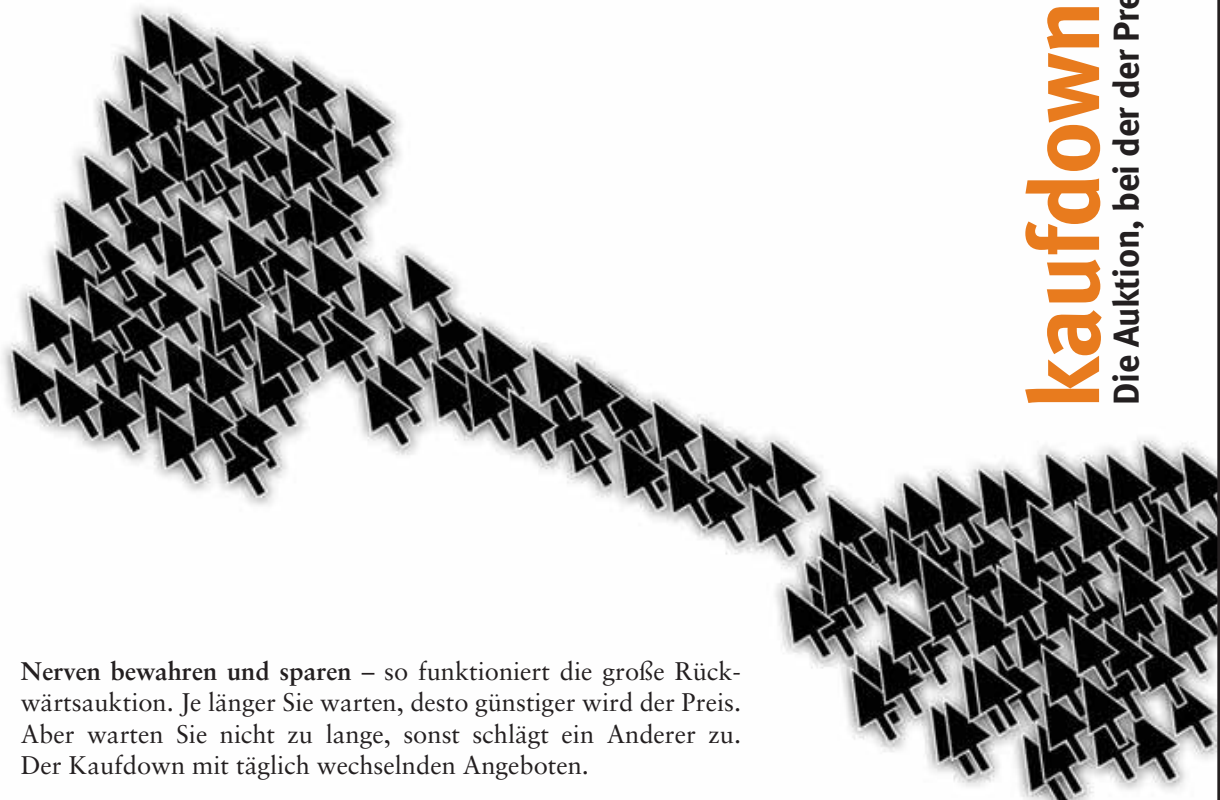
Was kommt heute unter den Hammer und zu welchem Preis?

kaufdown.de
Die Auktion, bei der der Preis sinkt.



Laufanalyse und Laufschuhe

Optimieren Sie Ihre Leistung durch eine ausführliche Laufanalyse und darauf abgestimmte Sportschuhe von New Balance, powered by Samberger GmbH.



Nerven bewahren und sparen – so funktioniert die große Rückwärtsauktion. Je länger Sie warten, desto günstiger wird der Preis. Aber warten Sie nicht zu lange, sonst schlägt ein Anderer zu. Der Kaufdown mit täglich wechselnden Angeboten.